

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 12. Mai 2023



Inhalt

Vetternwirtschaft &
Heizungsaustausch

Wasserstoff-
hochlauf

Migration steuern

Nachfrage zum A 8
Albaufstieg

Terminvorschau

Liebe Leserinnen und Leser,

in einer aktuellen Stunde des Bundestages hat die CDU/CSU-Fraktion Minister Robert Habeck aufgefordert, seinen Staatssekretär Patrick Graichen zu entlassen. Dieser steht nicht nur im Mittelpunkt einer Personalaffäre, sondern hat auch Gesetze zu verantworten, die handwerklich schlecht gemacht sind – wie zuletzt das Gesetz zur Wärmewende und dem Heizungstausch.

In unserem Leitantrag der Woche haben wir daher unsere Vorstellungen für eine sichere und bezahlbare Wärmeversorgung formuliert, denn das neue Gebäudeenergiegesetz aus dem Hause von Wirtschaftsminister Habeck trägt nicht dazu bei, die Wärmewende praxisnah und sozialverträglich zu gestalten.

Nach monatelangem Zögern von Bundeskanzler Scholz fand die Ministerpräsidentenkonferenz zur Migrationspolitik in Berlin statt. Das Ergebnis ist ernüchternd, die Steuerung und Begrenzung des Zuzugs wird weiterhin nicht in Angriff genommen. Besonders wichtig ist auch eine langfristige Unterstützung für die Kommunen, die die Hauptlast bei der Migration zu tragen haben.

Die Frage, warum der A 8-Albaufstieg nicht zu den 144 zu beschleunigten Projekten des Bundesverkehrsministers gehört, ist noch nicht ausreichend beantwortet. Aus diesem Grund habe ich mit einem Erinnerungsschreiben an den Bundesverkehrsminister meine Bitte um eine plausible Begründung wiederholt.

Über diese und weitere Themen berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute,

Ihr


Hermann Färber MdB

CDU



Schwerpunkte der Sitzungswoche

Vertrauensverlust im Bundeswirtschaftsministerium

In einer Aktuellen Stunde und zwei Fachausschüssen befasste sich der Bundestag mit den familiären Verflechtungen in der Personalpolitik von Wirtschaftsminister Habeck - mit ernüchterndem Resultat. Der Minister und Bundeskanzler Scholz ließen viele Antworten zum Umgang mit den persönlichen Verflechtungen im Wirtschaftsministerium, den nachgeordneten bundeseigenen Unternehmen und Zuwendungsempfängern offen und wirkliche Konsequenzen aus den persönlichen Verflechtungen blieben aus. Damit wurde die Chance verpasst, wirklich für Aufklärung und Rechenschaft zu sorgen. Diese Zustände werfen kein gutes Licht auf die Regierung, führen zu Vertrauensverlust bei der Bevölkerung und bedürfen immer noch einer zufriedenstellenden Aufklärung.

Leitantrag der Woche: Bezahlbare Wärmeversorgung

Das Wirtschaftsministerium steht momentan nicht nur wegen der Vetternwirtschaft rund um Staatssekretär Graichen im Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern auch wegen des Gesetzes zum Heizungs Austausch. Die Frage nach einer sicheren, klimafreundlichen und bezahlbaren Wärmeversorgung ist weiterhin ungeklärt.

Die Ampel will durchsetzen, dass schon ab nächstem Jahr jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden muss. Dabei setzt sie einseitig auf die Wärmepumpe, obwohl auch andere Technologien zur Verfügung stünden. Der Baubranche, Industrie und dem Handwerk mangelt es an Materialien und an Fachkräften für den Heizungs Austausch. Länder und Kommunen fordern den Aufbau von Wärmenetzen und Quartierslösungen. Generell fehlt es an verlässlichen Rahmenbedingungen für Anschaffungen und Investitionen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern herrscht Verunsicherung, wie neue Heizungen bezahlt werden sollen. Es ist unklar, welche Förderprogramme und Übergangsfristen es geben wird, welche Ausnahmen und Härtefallregelungen.

Die CDU/CSU-Fraktion will echte Technologieoffenheit: Neben der Wärmepumpe muss die gesamte Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wärmenetzen über Bioenergie (bspw. Pellets oder Holzheizungen), Abwärmenutzung und Geothermie bis hin zu Wasserstoff – genutzt werden dürfen. Wichtig ist uns auch, die Wärmewende ohne soziale Kälte zu schaffen. Leitinstrument muss daher die CO₂-Bepreisung mit einem sozialen Ausgleich sein. Es braucht außerdem eine angemessene und verlässliche Förderung, die private Haushalte und Betriebe vor finanzieller Überforderung schützt. Das aktuelle Gebäudeenergiegesetz aus dem Wirtschaftsministerium trägt nicht dazu bei, die Akzeptanz für den Klimaschutz erhalten und die Wärmewende praxisnah und sozialverträglich zu gestalten.

Wasserstoffhochlauf voranbringen

Wasserstoff kann einen Beitrag zur Sicherung der Versorgung leisten. Dazu müssen jetzt Weichen gestellt werden. Die vorherige Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU hat im Jahr 2020 bereits die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die international für Anerkennung gesorgt hatte. Um die Technologie weiter zügig und pragmatisch voranzubringen, müssen Wasserstofferzeugung und Importe emissionsfrei bzw. -arm sein, aber nicht von Beginn an ausschließlich "grün". Unsere Wasserstoff-Infrastruktur muss ganz Deutschland einbeziehen und europäisch vernetzt sein.



Bildquelle: Canva.

Irreguläre Migration besser steuern

Im März hatte die CDU/CSU kommunale Entscheidungsträger zu einem Kommunalgipfel zur Asyl- und Migrationspolitik eingeladen und die Erkenntnisse in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Der Bundeskanzler hatte nun diese Woche zu einer Ministerpräsidentenkonferenz zur Migration eingeladen, zu der die Kommunen nicht geladen waren. Ergebnis: Der Bund erhöht seine Beteiligung für die Versorgung von Flüchtlingen in diesem Jahr um eine Milliarde Euro. Über die Aufschlüsselung der Kosten soll aber erst im November entschieden werden. Das ist deutlich zu spät und stößt bei den überlasteten Kommunen verständlicherweise auf Enttäuschung.

Deutschland ist ein starkes Land und unser christliches Menschenbild gebietet die Unterstützung für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist eindrucksvoll und die Kommunen leisten Außergewöhnliches. In den ersten vier Monaten des Jahres 2023 wurden 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt. Hinzukamen weiterhin über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge - mehr als in jedem anderen Land der EU. Es ist kein Wunder, dass die Kommunen unter dieser Belastung ächzen, nicht nur was die Unterbringung, sondern auch was die Versorgung angeht – etwa mit Kindertagesstätten und Schulen.

Die nun beschlossenen Maßnahmen des Kanzlers begrenzen kaum den irregulären Zuzug, es gibt keine schnelle Entlastung der Kommunen und keine Zusagen für eine langfristige finanzielle Unterstützung. In unserem Antrag fordert die Union daher:

- Kurzfristig wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland wie etwa europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die hohe Zahl illegaler Einreisen anhält.
- Mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union müssen wir zudem kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen effektiveren EU-Außengrenzschutz umsetzen.
- Wir brauchen eine bessere Ausstattung der Bundespolizei.
- Die Kommunen benötigen langfristig planbare und über die bereits zugesagten Pauschalen hinausgehende finanzielle Unterstützung. Dies betrifft Kosten der Unterkunft und der Integrationsleistungen in Schule, Kita und Beruf.



Ausbau der A 8: Erinnerungsschreiben an Bundesverkehrsminister

In einem weiteren Schreiben habe ich den Bundesverkehrsminister Wissing daran erinnert, dass die Stellungnahme aus seinem Ministerium noch aussteht. Die Raumschaft und die vom Verkehr belasteten Gemeinden entlang des Alaufstiegs würden gerne wissen, welche Argumente dazu geführt haben, dass der A 8-Alaufstieg nicht fest disponiert und als Engpassstelle eingestuft wurde und somit nicht beschleunigt vorangetrieben werden kann.

Die durch Einwendungen und das Gerichtsurteil entstandenen, neuerlichen Planungsverzögerungen haben im Wahlkreis für Irritation gesorgt. Diese Verzögerung lediglich mit der „Klimawirkung des Vorhabens“ und Fragestellungen zum Arten- und Bodenschutz öffentlich zu begründen, ist meines Erachtens nicht ausreichend, da diese Trasse ja unter Aspekten des Klima- und Umweltschutzes geprüft und ausgewählt wurde. Eine plausible Begründung steht also noch aus.



Bildquelle: Daniel Gimmer, Pulswerk GmbH.

Terminvorschau

- 13. Mai: Mühlenfest - Einweihung des Windparks Drackenstein im Windpark Drackenstein
- 13. Mai: Jubiläums-Festakt der Waldorfschule Faurndau in Göppingen-Faurndau
- 14. Mai: 30-jährige Jubiläumsfeier des Vereins BUWETU in der Stadthalle in Donzdorf
- 15. Mai: Besuch im Kindergarten St. Vitus in Treffelhausen
- 16. Mai: Termin mit der Frauen-Union auf dem Hof am Leispel in Böhmenkirch
- 17. Mai: Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro in Süßen von 17 bis 19 Uhr
- 17. Mai: Politikergespräch gemeinsam mit Sarah Schweizer und dem Agrarausschuss der Baden-Württembergischen Landjugend in Süßen
- 21. Mai: Besuch in Sontheim/Brenz am Tag des offenen Hofes mit Diskussionsveranstaltung

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de